

und methodischen Ansätze der Erwachsenenbildung umsetzt, werden Volkshochschulen und Studienverbände in Zukunft eine wichtige Rolle spielen müssen.

### 5. Kulturelle Veranstaltungen

Die Funktion der Erwachsenenbildung zur Förderung der schwedischen Kultur bleibt unverändert. In Verbindung mit den Kommunen und staatlichen kulturellen Einrichtungen können Volkshochschulen und Studienverbände auf kommunaler und regionaler Ebene als Motor für Amateurkultur in ihren verschiedenen Formen wirken. Sie können ein Forum für Teilnehmende sein, Kultur nicht nur zu erfahren, sondern auch zu schaffen.

### 6. Menschen mit Behinderung

In der Erwachsenenbildung gibt es eine lange Tradition der Unterstützung und Öffnung für Menschen mit Behinderung, die diesen Teilhabe-Chancen eröffnet. Für viele ist das bahnbrechend in ihrer Entwicklung weg von einer Position der Ohnmacht hin zu einer Beteiligung an der Gesellschaft und deren Mitgestaltung. In der Erwachsenenbildung ist hier ein hohes Maß an Qualifizierung erforderlich. Dieses Ziel kann leichter erreicht werden, wenn Menschen mit Behinderungen beim Personal, im Management und Vorstand vertreten sind.

### 7. Öffentliche Gesundheit, nachhaltige Entwicklung und globale Gerechtigkeit

Erwachsenenbildung kann im Bereich öffentlicher Gesundheit auf kommunaler Ebene eine wichtige Rolle spielen. Für viele Menschen bedeutet die Teilnahme eine Chance, ihre Lebenssituation zu überdenken, Kontakte zu knüpfen und dem Alltagsstress zu entfliehen.

Volkshochschulen und Studienverbände haben ein umfangreiches Kursprogramm für nachhaltige Entwicklung, z.B. im Bereich Umwelt/Ökologie, Wirtschaft, lokale Entwicklung, öffentliche Gesundheit, Demokratie und globale Solidarität. Um auf eine ausgewogene und nachhaltige weltweite Entwicklung hinzuwirken, müssen wir begreifen, wie unser Handeln die Lebensumstände anderer Menschen beeinflusst.

Die öffentlichen Mittel für Erwachsenenbildung werden vom schwedischen Nationalrat für Erwachsenenbildung verteilt, einer gemeinnützigen Organisation. Der Nationalrat für Erwachsenenbildung ist befugt, ausbezahlte staatliche Fördergelder zurückzuziehen, die nicht programmäquivalenz verwendet werden.

Die Zentren für Erwachsenenbildung sowie die Studienverbände sind über ihre Dachverbände Mitglieder des Nationalrats für Erwachsenenbildung.

Quelle: InfoNet

#### Anmerkung

<sup>1</sup> Zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schweden: Als die Erwachsenenbildung in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Schweden Fuß fasste, waren demokratische Arbeitsweisen wichtig, und Studienzirkel nahmen schnell eine einzigartige Position ein. Bemerkenswert ist die Bildungsmethode der Zirkel, nach der jeder zu den gleichen Bedingungen teilnimmt und die Erfahrungen jedes einzelnen genutzt werden. Die Teilnehmenden entscheiden gemeinsam, welche Themen behandelt werden und begeben sich dann auf Entdeckungsreise. Auch heute noch ist die Erwachsenenbildung kostenlos und freiwillig, und die Treffen in Studienzirkeln gehören zu den Schlüsselementen. Die Zirkel arbeiten unter der Federführung der Teilnehmenden, auch wenn sich Form und Inhalt geändert haben.

## Renée David Aeschlimann: Zuwanderung als Bildungsthema – Für Frankreich eine neue Perspektive

Wann immer Zuwanderungsstatistiken in Frankreich veröffentlicht werden, stürzt sich die Presse sofort auf einen möglichen Anstieg der Zuwanderung, was dann unverzüglich mit einer höheren Kriminalitätsrate in Verbindung gebracht wird. Es ist schwer, alte Denkgewohnheiten abzulegen. Das erklärt die Überraschung angesichts eines Artikels, der Schlagzeilen in der Gratiszeitung Metro und der besonders seriösen Le Monde am 24. August dieses Jahres machte: 24% der 2004 registrierten Zuwanderer haben einen Universitätsabschluss oder eine andere Form der höheren Bildung, viermal mehr als im Jahr 1990<sup>1</sup>. Die Zeitungen hätten genauso gut titeln können 4,9 Millionen Immigranten, 8% der französischen Bevölkerung, 20% mehr als 1990!

Woher dieses plötzliche Interesse an dem Bildungsstand der Neuankömmlinge im Land? Vielleicht entsteht es aus der Furcht, man sei für einen Arbeitsmarkt mit stets wachsenden Anforderungen nicht qualifiziert genug? Oder es entsteht durch die anhaltenden Diskussionen über die noch offenen Wunden der Unruhen im November 2005 in

den Vororten, in denen die Arbeitslosenquote bei jungen Immigranten teilweise bei über 40% liegt?

Trotz dieser Befürchtungen ist es nun notwendig, das Tor für Zuwanderung vorsichtig zu öffnen, und die immer gebildeteren Menschen aufzunehmen (33% der Neuankömmlinge haben einen universitären Abschluss oder verfügen über eine Form von Hochschulbildung), um so dem unmittelbar bevorstehenden Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung in Frankreich zu begegnen und entgegenzuwirken, eine Situation, in der sich ganz Europa befindet.

Betrachtet man die offenkundige selektive Zuwanderungspraxis in Kanada, der Schweiz, Australien oder Neuseeland, dann stellt man fest, dass diese derjenigen, wie sie das neue Gesetz in Frankreich vorsieht, entspricht. Sarkozys Zuwanderungsgesetz, das am 6. Juni 2006 verabschiedet wurde und von dem gegenwärtigen Innenminister und Parteichef der UMP (Union für die präsidentielle Mehrheit) initiiert wurde, zielt auf eine im geltenden

Recht verankerte Politik der selektiven, nicht erzwungenen Zuwanderung .

Kürzlich wurde eine erneuerbare Aufenthaltserlaubnis mit dem Titel „Qualifikationen und Talente“ eingeführt, die vor allem für hochqualifizierte Personen aus China, Südwestasien und Europa gelten soll und eingesetzt wird, um Wissenschaftler, Künstler, Sportler und Frauen, die in ihren jeweiligen Herkunftsländern der Elite angehören, anzuziehen. Aufgrund ihrer Qualifikationen und Talente soll es diesen Personen für einen Zeitraum von drei Jahren ermöglicht werden, einen bedeutenden und nachhaltigen Beitrag, sowohl zu der Entwicklung der französischen Wirtschaft, als auch zu der Entwicklung ihres jeweiligen Landes zu erbringen. Diejenigen, die weniger qualifiziert sind, bekommen die strikte Verschärfung der Zuwanderungsstrategien und Aufenthaltsgesetzgebung zu spüren<sup>2</sup>.

### Ein bindender Integrationsvertrag für Neu-Zuwanderer

Es ist weithin unbekannt, dass der 2003 als Experiment gestartete, so genannte Vertrag über Aufnahme und Integration, der in der Folge formal im Gesetz zur Planung von sozialer Kohäsion festgeschrieben wurde, seit kurzem bindenden Charakter hat. Der französische Staat setzt nicht mehr auf mitlaufende Integration in der Annahme, dass bei Erhalt der französischen Staatsbürgerschaft (40% im Jahr 2004) die Einbindung in Gewerkschaften und die Armee und die Schulpflicht für Kinder für die Integration der zugewanderten Bevölkerung ausreichen wird, wie es in Nordeuropa und in den USA die Praxis ist. Das ist nicht mehr der Fall, da die öffentlichen Schulen ihre Integrationsrolle nicht mehr spielen, die Zwangseinerberufung 2001 abgeschafft wurde und die Gewerkschaftsmitgliedschaftsquoten in Frankreich, die bei 8% und damit zehnmal niedriger als in Schweden liegen, immer weiter sinken.

Der Integrationsvertrag sieht vor, dass zugewanderte Personen obligatorische Bürgerkunde- und Sozialbildungskurse erhalten und eingeladen sind, einem freiwilligen Informationstag mit dem Titel „Leben in Frankreich“ beizuwohnen. Gegebenenfalls erhalten Zuwanderer Zugang zu auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittenen Sprachkursen (200 bis 500 Stunden) und zu einem weiteren Informationstag, um Probleme im Hinblick auf Unterkunft, Ausbildung, Kindererziehung und Gesundheit zu besprechen. Diese Kurse, die sich aus finanziellen Gründen ausschließlich an Neu-Zuwanderer richten, werden staatlich über den Aktions- und Unterstützungsfonds für Integration und gegen Diskriminierung finanziert.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass auf diese Weise Schwierigkeiten im Blick auf die Aufnahme einer Beschäftigung oder den Zugang zu Ausbildung behoben werden können. Somit erhielten von 1998 bis 2003 lediglich 18% der Zuwanderer in einem Beschäftigungsverhältnis irgendeine Weiterbildung, verglichen mit 33% der gebürtigen Franzosen<sup>3</sup>.



Kurs für Vergolden – Arts and Crafts Adult Training Centre Ghajnsielem/Gozo

Das einzige wirkliche Problem vor dem die französische Politik demnach steht, ist die Auswahl des richtigen Zeitpunkts (der sicherlich nach den Präsidentschaftswahlen liegen dürfte) um eine deutliche Aussage dahingehend zu machen, dass sich im Lichte des Rückgangs der erwerbstätigen Bevölkerung eine vermehrte Einwanderung als unerlässlich herausstellen dürfte. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit (8,9% der Erwerbsbevölkerung) und der Tatsache, dass die jüngere Generation Anzeichen von Desintegration zeigt, wird das wohl eine äußerst schwierige Botschaft an die Öffentlichkeit sein, in der sich die Fremdenfeindlichkeit rasch ausbreitet.

Quelle: InfoNet

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Bei jährlichen Volkszählungen von 2004 und 2005 wurden Mitte 2004 fast 5 Millionen Zuwanderer gezählt, Nationales Amt für Statistik, INSEE Première (Französisches Nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsforschung), August 2006.

<sup>2</sup> Abschaffung der automatischen Gleichbehandlung nach zehnjährigem Aufenthalt, Erhöhung der Aufenthaltsdauer von 12 auf 18 Monate, bevor Familieneinreise und Niederlassung erlaubt sind, Entziehung der Aufenthaltserlaubnis des Ehepartners im Falle einer Scheidung, Einreise und Niederlassung der Familie nicht zulässig, falls die betreffende Familie polygam ist, falls die Kinder nicht regelmäßig die Schule besuchen oder falls die Freiheit der Eheschließung nicht geachtet wird, Aufenthaltserlaubnis für den ausländischen Ehepartner nach drei Jahren Ehe

<sup>3</sup> Zuwanderer erhalten weniger weiterführende Berufsbildung. Didier Gelot und Claude Mini, veröffentlicht in der Zeitschrift Formation Emploi 2006 (Bildung und Ausbildung 2006), Nr. 94. Studien- und Forschungszentrum für Qualifikationen, Marseilles, August 2006

## Michael Voss: Nach der Karikaturenkrise in Dänemark: Erziehung zur Demokratie

Als die dänische Zeitung Jyllands-Posten 12 Mohammed Karikaturen veröffentlichte, führte dies zunächst Dänemark zu einer Krise, die sich einige Wochen später zu einer internationalen Krise ausweitete – eine Krise zwischen Kulturen, Religionen und unterschiedlichen Interpretationen demokratischer Prinzipien.

Als der Vorstand des dänischen Verbands für Erwachsenenbildung (DFS)<sup>1</sup> in der Endphase der Krise zusammentrat, zweifelte niemand daran, dass dies eine Herausforderung für den informellen Erwachsenenbildungsbereich war. Informelle Erwachsenenbildung musste zur Lösung des Problems beitragen. Nicht dadurch, dass man die Wortführer gegensätzlicher Positionen an einen Tisch brachte oder durch die Erarbeitung von Kompromissen, sondern eher auf lange Sicht. Grundlage für die Positionierung des DFS war die Einsicht, edass die Karikaturenkrise nicht nur Unterschiede zwischen ethnischen Dänen und Menschen anderer Herkunft aufzeigte. Die Debatten dieser Monate machten große Unterschiede in der Definition von Demokratie, demokratischen Rechten und Menschenrechten deutlich – auch zwischen Dänen und Menschen aus anderen westlichen Ländern mit langen demokratischen Traditionen.

Deswegen begann der DFS zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen die Planung einer langfristigen Kampagne mit drei Kernelementen:

- Die Prinzipien der Demokratie, die Grundlagen und die Geschichte der dänischen Demokratie und der demokratischen Rechte und Menschenrechte sollen vermittelt werden.
- Die Aufnahme eines Dialogs zwischen den Vertretern verschiedener Sichtweisen zur Demokratie soll unterstützt werden und es soll Raum für diesen Dialog sein.
- Verschiedene Kulturen sollen zusammenkommen und es soll das gegenseitige Verständnis unterstützt werden.

Diese langfristige Kampagne erhielt den dänischen Namen „Oplys Demokratiet“, was gleichzeitig Demokratie im Rampenlicht und die Demokratie aufklären bedeutet.

Mehrere Mitgliedsorganisationen sind bereits selbst mit Vorträgen, Seminaren und Konzerten aktiv geworden, während die gemeinsame Kampagne noch in der Anfangsphase steckt. Im Herbst und Winter fanden folgende Aktionen statt:

- Als Ergebnis eines Innovationsseminars wird eine Broschüre mit 19 Ideen für lokale Erwachsenenbildner und Organisatoren veröffentlicht.
- Ein Team erfahrener Erwachsenenbildner reiste im Herbst 2006 durch das Land, um lokalen Organisatoren bei traditionellen Veranstaltungen (Vorträge, Arbeitskreise, Seminare) und auch innovativeren Arten des Lehrens und der Demokratiediskussion zu unterstützen.
- Eine Reihe von Demokratiepapieren wird von wissenschaftlichen Experten mit der Absicht verfasst, die Fakten über Demokratie und demokratische Rechte kurz und bündig und in gängiger Terminologie zu Papier zu bringen.
- Eine Broschüre mit dem Titel „Dänemark heute – eine demokratische Herausforderung“ ist erstellt, mit einer Reihe von Diskussionsbeiträgen über Demokratie, verfasst von bekannten Diskussteilnehmern mit unterschiedlichen Hintergründen.

Ein erster Höhepunkt dieser langen Kampagne wird der „Walk-and-Talk“ sein. Am dänischen Verfassungstag, dem 05. Juni 2007, werden lokale Verbände und Schulen in Verbindung mit dem DFS überall im Land eine Veranstaltung organisieren, bei der in kleinen Gruppen eine Wanderung unternommen wird, an 5–6 Kontrollpunkten vorbei. Auf der Distanz zwischen den Kontrollpunkten wird eine Frage oder ein Demokratiethema diskutiert. Zu-



Steering Committee Meeting InfoNet, Amsterdam Mai 2006

sätzlich wird es Reden, Konzerte und Feiern geben, vor und nach dem Walk-and-Talk.

Obwohl die Kampagne noch am Anfang steht, erhält sie bereits beträchtliche Unterstützung von offizieller Seite. Der dänische Parlamentspräsident hat sich bereit erklärt, als Schirmherr der Kampagne zu fungieren. Der dänische Bildungsminister hat sich im Parlament äußerst positiv zu der Kampagne geäußert. Außerdem hat das Bildungsministerium finanzielle Unterstützung zugesagt.

### Zwei Stimmen zu der Kampagne unterstreichen die Bedeutung des Ansatzes:

*„Die DFS-Kampagne ist eine gute und wertvolle Ergänzung der Handlungen der Regierung.*

*In einer globalisierten Welt kann es schwierig sein, das Gleichgewicht zwischen unseren grundlegenden demokratischen Prinzipien und unserem genauso grundlegenden Wunsch, offen, tolerant und rücksichtsvoll mit anderen Kulturen umzugehen, zu halten.*

*Für den informellen Erwachsenenbildungsbereich ist es eine Aufgabe und eine Chance, im Zeitalter der Globalisierung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beizutragen“ (Bertel Haarder).*

*„Die Karikaturenkrise hat gezeigt, dass die Demokratie nicht einfach Fakt ist, jetzt und für alle Zeit. Demokratische Rechte und die Staatsform muss ständig verteidigt, konfrontiert und entwickelt werden. Die Fragen lauten:*

*Woher stammen die demokratischen Rechte? Wie setzen wir Demokratie um? Wo liegen die Grenzen der freien Rede und der Religionsfreiheit? Wir wollen in Dänemark das Bewusstsein für demokratische Werte schärfen, über sie diskutieren und einen echten Dialog über das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen initiieren“ (Naser Khadeer, Präsident des DFS).*

#### Anmerkung

<sup>1</sup> Der dänische Verband für Erwachsenenbildung ist der Dachverband von 38 informellen Erwachsenenbildungsorganisationen.

Quelle: InfoNet

## Ulrika Engler: Das Europäische Jahr 2007: Chancengleichheit für alle

27 Länder zählt die EU ab dem 1. Januar 2007 und rund 490 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen. Christlich, muslimisch, jüdisch oder konfessionslos sind die meisten Menschen dieses Staatengebilde. Sie alle sollen die gleichen Chancen bekommen, sollen Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung etc. gleichberechtigt erhalten. Dazu möchte das Europäische Jahr 2007 beitragen.

Seit Anfang der 80er Jahre ruft die EU „Europäische Jahre“ aus und weist diesen besondere Themen und Anliegen zu. In den Europajahren sollen Aktionen, Veranstaltungen und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit ein größeres Publikum erreichen und für eine größere Akzeptanz des jeweiligen Anliegens sorgen.

Das Thema der Chancengleichheit ist für die Europäische Union nicht neu. Sie hat Antidiskriminierungsgesetze, die zu den modernsten der Welt zählen. Sie legen eine Reihe von Grundsätzen fest, die Allen in der EU ein gemeinsames Mindestmaß an gesetzlichem Schutz vor Diskriminierung bieten. Diese Bestimmungen wurden durch den Vertrag von Amsterdam gestärkt und vom Europäischen Gerichtshof in zahlreichen Fällen ausgelegt. Doch die Fakten zeigen, dass Gesetze nicht ausreichen.

Noch immer haben nur 47% aller behinderten Menschen eine Arbeitsstelle, MigrantInnen und ethnische Minderheiten, die in sozial benachteiligten Stadtvierteln leben, haben oft ein doppeltes Risiko, sozial ausgeschlossen zu sein, Frauen erhalten für dieselbe Tätigkeit immer noch durchschnittlich 15% weniger Lohn. Mit einem Beschäftigungsgrad von 40% im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 62% der Gesamtbevölkerung haben es ältere Beschäftigte sehr schwer, einen Arbeitsplatz zu finden. Und das in der EU, die bis 2010 der wirtschaftsstärkste Raum in der Welt sein möchte.

Damit Rechtsvorschriften vollständig greifen, müssen sie bekannt sein und umfassend angewandt werden. Infolgedessen müssen sie von einem klaren politischen Willen getragen werden und die Unterstützung der Bevölkerung erfahren. Diese beiden Aspekte möchte das Europäische Jahr 2007 besonders hervorheben.

Dazu dienen Aktivitäten zu diesen vier Schlüsselthemen:

- **Rechte:** Sensibilisierung der öffentlichen Meinung im Hinblick auf das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sowie auf die Problematik der Mehrfachdiskriminierung.
- **Vertretung:** Initiierung einer Debatte über die Möglichkeiten zur besseren gesellschaftlichen Einbindung von Gruppen mit Diskriminierungsoptionen sowie zu einer ausgewogenen Beteiligung von Frauen und Männern.
- **Anerkennung:** Würdigung von Vielfalt und Gleichbehandlung
- **Achtung:** Förderung einer toleranten und solidarischen Gesellschaft.

Dafür sollen 15 Millionen Euro ausgegeben werden. Eine EU-weite Informationskampagne ist geplant, neue Eurobarometer-Umfragen sollen die Haltung der Europäer und Europäerinnen zu Diskriminierung statistisch erfassen.

Rund die Hälfte des Geldes soll für hunderte Initiativen eingesetzt werden, die auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene durchgeführt werden. Aufsatzwettbewerb für Schulen zum Thema Respekt und Toleranz oder Preise für Unternehmen mit dem erfolgreichsten Diversitätstraining werden in den EU-Mitgliedsländern und den drei EFTA-Ländern Norwegen, Island und Liechtenstein stattfinden. Sie sollen auf nationaler Ebene koordiniert werden, um sie möglichst lokal zu verorten.